

PRRESSEMITTEILUNG

Jugendparlament



Passau, den 30.06.2020

Grüne für Transparenz und Einbindung der Jugend Antrag zur Förderung der Jugendbeteiligung

Die Stadtratsfraktion der GRÜNEN unterstützt mit ihrem Antrag die Förderung der Beteiligung junger Menschen in Passau an der Kommunalpolitik. Fraktionsvorsitzende Stefanie Auer freut sich, dass bei diesem Thema etwas in Bewegung kommt: „In den letzten Jahren war hier durchaus ein Defizit festzustellen, gleichzeitig gibt es aber auch zunehmend politisches Engagement seitens der Jugend.“ Gemeinsam mit Stadtrat Matthias Weigl hat sie deshalb nicht nur die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, sondern auch einen transparenten Entstehungsprozess und frühzeitige Einbindung beantragt. „Wir wollen, dass die Diskussion über die Zukunft und Art und Weise der Beteiligung junger Menschen in unserer Stadt nicht über deren Köpfe hinweg, sondern von Anfang an gemeinsam angegangen wird. Eine möglichst hohe Transparenz und umfangreiche Information halten wir für eine Grundvoraussetzung, um am Ende ein gelungenes Ergebnis im Sinne aller Beteiligten zu erreichen“, begründet Weigl. „Wünschenswert ist die frühzeitige Einbeziehung aller Akteure, die Berührungspunkte zum Thema Jugendparlament haben“, ergänzt Auer. Nicht nur der Stadtjugendring, sondern darüber hinaus auch Klassen- und Schülersprecher*innen, Verbindungslehrkräfte,

Sozialkundelehrer*innen und alle, die im Bereich Jugendarbeit aktiv sind, sollen als Multiplikator*innen eingeladen werden,

Diskussionen anzuregen und zu verdeutlichen, dass die Einbringung von Ideen seitens der Jugendlichen ausdrücklich erwünscht ist. Dafür sieht der GRÜNEN-Antrag noch einen weiteren Punkt vor: „Die Stadt soll mit einem Ideenwettbewerb, der schon zum Beginn des kommenden Schuljahres starten könnte, einen Kanal schaffen, um einerseits Anregungen junger Menschen an die Kommunalpolitik, aber auch konkrete Vorschläge zum Thema „Jugendparlament/Jugendbeteiligung“ zu sammeln“, so der Wunsch von Matthias Weigl, der selbst mehrere Jahre in der Schüler*innenvertretung aktiv war. Ziel des Wettbewerbes soll sein, eine möglichst breite Zielgruppe bereits in den Entstehungsprozess miteinzubinden und möglichst viele junge Menschen zu erreichen. Darüber hinaus schlagen die GRÜNEN auch eine entsprechende Bewerbung des Projektes, etwa durch eine Plakataktion in Schulen, digitale Formate oder Informationsveranstaltungen statt. „Im Idealfall haben die meisten Jugendlichen schon von dem Projekt gehört, bevor es überhaupt losgeht und sind aktiv gefordert, ihre Ideen einzubringen“, so Auer, die ihre Fraktion im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie vertritt. „Ziel eines Jugendparlaments oder ähnlicher Formate ist es, jungen Menschen Mitsprache und Mitwirkung an der kommunalen Politik zu ermöglichen. Daher sollte die Zielgruppe dieses Projektes von Anfang an aktiv miteingebunden und zur Mitgestaltung eingeladen werden“, so die Forderung der beiden Grünen.